

# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Geschleht wöchentlich 8 "maß" und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 9.00 RM. im Haus, einschließlich der Ablagen, "Mein Garten", "Die Frau und ihre Welt", "Der bessere Alltag", "Praktisches Wissen für Alle", "Unterhaltungsbeilage". Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 12.00 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenerlass geleistet.



Telegr. Adr.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechzehnspaltene Amm "Hohe Welt" Zelle über deren Raum mit 15 Pg. berechnet; auswärts 20 Pg. Bei Weiberholung entsprechender Rabatt. Reklamen fallen pro Zelle 40 Pg. Verbindlichkeit für Pg. Datenschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pg. Zeitungsbeiträgen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postschekonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Stud und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg.

Nr. 21

Donnerstag, den 16. Februar 1933

26. Jahrgang.

## Schutz der Landwirtschaft

### Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes durch Notverordnung auf das ganze Reich

#### Genfer Ohnmacht

Berlin, 16. Februar.

Der Artikel 11 der Völkerbundssatzung stellt ausdrücklich fest, daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg, mag davon unmittelbar ein Bundesmitglied betroffen werden, oder nicht, eine Angelegenheit des ganzen Völkerbundes ist, und daß dieser die zum wirklichen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen hat. Es wird darin weiter festgestellt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf jede Friedensstörung zu lenken.

Im Beitreten auf diese Bestimmungen der Völkerbundssatzung hat die chinesische Regierung im September 1931 in Genf Klage gegen Japan erhoben, das unter nichtigen Vorwänden wider alles Recht in die Mandchurie eingedrungen war und sich dort häuslich niederzulassen scheint. Die Genfer Völkerbundsbürokratie hat dann auch das für solche Streitfälle vorgesehene langwierige Verfahren in die Wege geleitet. Unzählige Male haben sich der Völkerbundrat, die Vollversammlung, und der von dieter festgestellte Neunzehner-Ausschuß mit der Angelegenheit beschäftigt. Spezialausschüsse wurden nach dem Osten entsandt und immer wieder neue diplomatische Schritte in Tofio und Peking unternommen, ohne daß es jedoch zu einem entscheidenden Erfolg gekommen wäre, der den unhaltbaren Zuständen im Fernen Osten ein Ende gemacht und die Japaner in ihre Schranken zurückgewiehen hätte.

Während sich das phantastische Prozeßverfahren durch die Verhöhlungstaktik des Völkerbundes immer weiter hin auszog, nahm der mandchurische Konflikt von Monat zu Monat bedrohlichere Formen an. Wenn auch keine amtliche Kriegserklärung erfolgt war, so herrschte doch tatsächlich offener Krieg zwischen und im Fernen Osten. Mit allen Mitteln der modernen Kriegstechnik, mit Taxis, Fliegerbomben und schwerer Artillerie ließ die japanische Armee unbedeutend die chinesischen Vorstellungen beim Völkerbund ihren Erroberungsfeldzug in der Mandchurie fort und ruhte nicht eber, bis sie sich das 2 000 000 Quadratmeilen große Gebiet restlos unterworfen hatte. Um die Aufmerksamkeit der Mächte von den Vorgängen in der Mandchurie abzulenken, wurde zwischendurch das blutige Abenteuer von Shanghai inszeniert. Unterdessen wurde die Welt durch die Proklamierung des "unabhängigen" Staates Manchukuo vor vollendete Tat gebracht. Wer nicht genug damit, durch die Eroberung der Stadt Schanghai trug Japan den Krieg auf das eigentliche chinesische Gebiet jenseits der Großen Mauer hinüber und trifft jetzt neuerdings die letzten Vorbereitungen, um auch die rein chinesische Provinz Ichohol dem mandchurischen Staat und damit dem japanischen Interessengebiet gewaltsam einzuerleben.

Soweit hat Japan seine imperialistischen Pläne in Ostasien ungetönt durchziehen können, bis der Völkerbund sich jetzt endlich zu einem scheinbar energischen Wort aufgerufen hat. Nach einem mehr als 16 Monate hingezogenen Schlichtungs- und Verhöhlungsvorverfahren auf Grund des Artikels 15 der Völkerbundssatzung hat sich der Genfer Körperfachrat nunmehr entschlossen, zu Absatz 4 überzugehen, der in einem Bericht die Feststellung des bisherigen Kriegserfolges, und die Aufstellung von Vorhälften fordert, "die der Völkerbundrat zur Lösung der Frage als die gerechtesten und geeignetesten empfiehlt".

Der Neunzehner-Ausschuß der Vollversammlung hat daraufhin einen Bericht ausgearbeitet, der sich im großen und ganzen auf die Empfehlungen der Lytton-Kommission stützt, die seinerzeit im Auftrage des Völkerbundes den Konflikt an Ort und Stelle untersucht hat.

Der Neunzehner-Ausschuß hat in seiner letzten Sitzung grundsätzlich beschlossen, der für nächsten Dienstag anberaumten außerordentlichen Völkerbundversammlung die zur Lösung des Fern-Ost-Streites vorgeschlagenen Maßnahmen in folgender Reihenfolge vorzuschlagen: 1. Rückziehung der japanischen Truppen aus der Mandchurie bis zur japanischen Grenzabnahme. 2. Schaffung der Autonomie in den drei östlichen Provinzen unter der Oberhoheit Chinas. Einrichtung der Verwaltung. Schaffung internationaler Kontrolle und der Gendarmerie.

Der Grundzäh der Oberhoheit Chinas in den drei östlichen Provinzen wird an die Spitze der Empfehlungen des Berichtes gestellt. Der Name Mandchukuo wird in dem Bericht überhaupt nicht genannt. In den Empfehlungen wird betont, daß der Rückzug der japanischen Truppen eine unerlässliche Voraussetzung für die Schaffung eines ertragreichen Zustandes und für die gesamte Regelung dieses Streites bilden. Der vorgesehene diplomatische Verhandlungsaufschluß, in dessen Rahmen die weitere Konfliktregelung gemeinsam mit den beteiligten Regierungen gelegt werden soll, soll sich zusammenfassen aus den Vertretern der Unterzöge der Staaten des Washingtoner Neunmächte-Abkommen.

dem alle großen Kolonialmächte gehören, ferner die Vertreter des dem Neunzehnerausschuß angehörenden Mächte, falls die es wünschen. Ferner sollen Amerika und Sowjetrussland zur Beteiligung am Ausdruck eingeladen werden.

Die Entscheidung der Vollversammlung des Völkerbundes über die Empfehlungen des Ausschusses ist etwa für Freitag zu erwarten. Falls Japan, wie allgemein erwartet wird, die Empfehlungen ablehnt und China sie annimmt, so treten die Bestimmungen des Artikels 15 Absatz 6 in Kraft, nach denen alle Völkerbundstaaten, also auch Japan, verpflichtet werden, keinen Krieg gegen China zu führen. In Genfer Völkerbundskreisen wird jedoch bezeichnenderweise jetzt schon darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen des Völkerbundvertrages für den völkerrechtlich außerordentlich verwiderten Fernost-Streit in keiner Weise ausreichen, da der im Völkerbundvertrag allein angeführte amtliche Kriegsfall nicht vorliegt (?). Somit bleibt völlig ungeläufig, welche praktischen politischen Folgen sich aus einer Ablehnung der Empfehlungen durch Japan für die übrigen Mächte ergeben. Nur im Falle eines weiteren militärischen Vorfalls Japans in der Provinz Ichohol könnte ein Kriegsfall als vorliegend angesieht werden. Aus maßgebenden japanischen Kreisen verlautet, daß die japanische Regierung ihre endgültige Entscheidung erst nach der Entscheidung der außerordentlichen Völkerbundversammlung fassen wird. Im Falle der Annahme der Empfehlungen soll Japan beabsichtigen, entweder unverzüglich seinen Austritt aus dem Völkerbund anzumelden oder sich ohne eine formelle Erklärung vom Völkerbund und der Abrüstungskonferenz zurückzuziehen.

Inzwischen kündigt die japanische Regierung ein Ultimatum an China an, das den Rückzug der chinesischen Truppen aus der Provinz Ichohol innerhalb einer bestimmten Frist fordert. Bei Nichterfüllung des Ultimatums würden die japanischen und mandchurischen Truppen mit militärischen Maßnahmen großen Ausmaßes beginnen. Andererseits erfordert der chinesische Marshall Tchangchuslang, daß die japanischen Ultimata nicht beachtet werden würden. In demselben Sinne äußerte sich der selbstvertretende chinesische Ministerpräsident. Die chinesische Armee werde bis zum letzten Blutstropfen kämpfen.

Wir werden also mit einem Wiederauflammen des Kriegsbrandes in Ostasien rechnen müssen. Und der Völkerbund, der eigentlich der Hüter des Völkerfriedens sein soll, steht all diesen Vorgängen ohnmächtig gegenüber...

## Erweiterter Vollstreckungsschutz

Durch Notverordnung des Reichspräsidenten. — Ausnahmen aus Billigkeitsgründen.

Berlin, 16. Februar.

Die vom Reichskabinett verabschiedet und vom Reichspräsidenten unterzeichnete Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz wird nunmehr im Wortlaut veröffentlicht. Die wesentlichen Bestimmungen der neuen Verordnung enthalten der Paragraph 1. der folgenden Wortlaut hat:

Um die zur Befriedung der deutschen Landwirtschaft eingeleiteten Maßnahmen auch den Inhabern und Gläubigern der Betriebe zugute kommen zu lassen, deren Bestand durch Zwangsvollstreckungsmahnahmen gefährdet ist, wird der bestehende Vollstreckungsschutz vorübergehend nach Maßgabe der folgenden Vorrichten erweitert:

1. Zwangsvorsteigerungen landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Grundstücke dürfen vorbehaltlich der in den Ausführungsvorrichten zu bestimmenden Ausnahmen in der Zeit bis zum 31. Oktober 1933 nicht durchgeführt werden.

2. Zwangsvollstreckungen wegen Geldforderungen in Gegenfahrt des beweglichen Vermögens, die einem landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betriebe dienen oder zum Haushalt des Betriebsinhabers und seiner Familie gehören, sind vorbehaltlich der in den Ausführungsvorrichten zu bestimmenden Ausnahmen bis zum 31. Oktober 1933 nicht zulässig.

Die Aenderungen, die sich gegenüber dem gegenwärtigen Rechtszustand aus der Verordnung des Reichspräsidenten und der Ausführungsverordnung ergeben, sind folgende: 1. Allgemeine Norm für die Immobilienzwangsvorsteigerungen: Einheitliche Einführung des Verfahrens nach Gesetzes bis zum 31. Oktober 1933, und zwar auch dann, wenn der Zulag bei Datumsfrist der Verordnung schon erzielt, aber noch nicht rechtskräftig war, vorzeitige Fortsetzung des Verfahrens nur auf Antrag des Gläubigers, und zwar unter folgenden Ausnahmetabellen:

a) Nichterfüllung der nach Intratexten der Verordnung fällig werdenen Annullaten der ersten Novobolzen. Gegenstand bestand: Na-

türlicher Notstand (Unwetterbeschädigungen) oder wirtschaftlicher Notstand infolge Preiskonjunkturverhältnisse; b) Befreiung des Verfahrens wegen Forderungen aus Betriebskrediten bzw. aus Lieferungen oder Leistungen für die Erntejahre 1932 oder 1933 — ebensofern Gegenstand bestand: Natürlicher oder wirtschaftlicher Notstand wie zu a); c) nicht ordnungsmäßige Wirtschaftsführung; d) Ausübungsfreiheit der Entschuldigung bei den aus dem östlichen Sicherungsvertrag entlassenen Grundstücken;

2. Befreiung der Mobilisierungsvollstreckung ebenfalls bis zum 31. Oktober 1933: Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf das gesamte zum Betriebe gehörige bewegliche Vermögen einschließlich des Hausrates (mit Ausnahme von Zugangsgegenständen);

Gruppierung der Forderungen in a) privilegierte, b) nichtprivilegierte, denen die Mobilisierungsvollstreckung in das unter Vollstreckungsschutz stehende Vermögen ganz verboten ist;

Scheidung der privilegierten Forderungen in a) solche, aus denen in das gesetzliche Betriebsvermögen vollstreckt werden kann, bei denen aber der Vollstreckung der Einwand des Notdienstes entgegengesetzt werden kann. (Insbesondere Betriebskredite und Lieferungen und Leistungen für das Erntejahr 1932 und 1933, die laufenden Annullaten der ersten Novobolzen, Steuern und Sozialabgaben sowie für die Zeit seit dem 1. April 1932 geschuldet werden); b) solche, deren Befreiung durch den sich aus den allgemeinen Beschränkungen ergebenden unterliegt. (Insbesondere laufende gelegliche Unterhaltsanprüche, Wohnförderungen auch für die Vergangenheit, die laufenden Schadensförderungsprämien).

Beschränkung der Pflicht der Ableistung des Offenbarungsschutzes.

3. Besondere Vorschriften über die Zwangsvollstreckung gegen Siedler, insbesondere aus Räumungsurteilen.

## Der Zweck der Verordnung

Die Inkraftsetzung der Verordnung erfolgte mit Wirkung vom 16. Februar ab; ebenso treten an diesem Tage die Ausführungsbestimmungen in Kraft. Über den Zweck der neuen Verordnung wird erklärt, daß die Maßnahmen auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes keineswegs als ein Allheilmittel angesehen sind, sondern nur als ein EinwendungsmitTEL.

Je eher die Landwirtschaft wieder rentabel gestaltet werden können, um so eher sei ein Abbau der verschiedenen Hilfsmethoden möglich.

Die Gefahren, die sich aus der getroffenen Regelung auch für die Gläubiger ergeben, seien von der Regierung keineswegs verkannt worden. Der allgemeine Vollstreckungsschutz sollte gewissermaßen eine Umkehr des bisherigen Zustandes dar, kraft Gesetzes würden also schwedende Zwangsvollstreckungsverfahren gegen land-, forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe eingestellt und nur auf Antrag des Gläubigers unter gewissen Voraussetzungen weiterbetrieben.

## Polizei-Sonderkommissar

Polizeikommandant Stieler von Heidekamp zum Sonderkommissar für Rheinland-Westfalen mit besonderen Vollmachten bestellt.

Berlin, 16. Februar.

Der preußische Minister des Innern hat mit sofortiger Wirkung über die Wahlzeit hinaus den höheren Polizeiführer im Westen, Polizeikommandant Stieler v. Heidekamp, zum Sonderkommissar mit besonderen Vollmachten für die Provinzen Westfalen und Rheinland, ohne Signaturpflicht, bestellt. Als Chef des Stabes tritt zu ihm Polizeimajor von Oeven. Der höhere Polizeiführer im Westen, der dem preußischen Innenminister unmittelbar unterstellt ist, übernimmt die einheitliche Leitung der gesamten staatlichen und kommunalen Polizei sowie die der Landräte in Rheinland und Westfalen. Seine Anordnungen ergehen im Auftrage des preußischen Ministers des Innern.

Polizeikommandant Stieler von Heidekamp ist der, der aus dem Kadettenkorps hervorgegangen ist und gegenwärtig im 52. Lebensjahr steht, hat den Krieg als Major und Bataillonskommandant im 3. Garde-Regiment mitgemacht und ist nach dem Kriege zur Schutzpolizei übergetreten. Im Jahre 1927 kam er als Polizeioboberstleutnant zum Polizeipräsidium Eben, wurde dann vorübergehend zur höheren Polizeischule in Bonn versetzt und 1928 unter Ernennung zum Polizeiobobersten zum Polizeipräsidium Recklinghausen versetzt. 1932 wurde Stieler v. Heidekamp zum Polizeikommandant und zum höheren Polizeiführer für den Westen ernannt.

Polizeipräsident Graf Bochum ist mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden. Graf war früher bei den christlichen Gewerkschaften tätig.

# WELTPOLITIK-STATISTIKERATIAT

Berlin, 15. Februar.

In einer Unterredung mit Vertretern des Mittelstandes, des Handwerks und des Einzelhandels lagte Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg zu, im neuen Haushaltssatz die Einsetzung von Mitteln für die Errichtung eines Staatssekretariats für den Mittelstand zu beantragen. Das neue Staatssekretariat wird dem Reichswirtschaftsministerium angegliedert und hat die Aufgabe, in der Wirtschaftspolitik des Reiches und Preußens dafür zu sorgen, daß die Gesichtspunkte mittelständischer Wirtschaftseraltung praktische Verwirklichung finden.

Ferner wies Minister Hugenberg in der Besprechung auf die Notwendigkeit hin, die ungelunge Zentralisierung des mittelständischen und ländlichen Kreisels, die mit Kriegsbeginn eingeleitet habe, wieder abzubauen und zugleich auch solche Säulen und Schäden zu beheben, wie sie sich z. B. durch die kleinen Aufstellungen nicht entsprechend Gestaltung der Osthilfe zu Lasten des Handwerks, Einzelhandels u. u. entwickelt habe. Er sei mit den zu treffenden neuen Maßregeln beschäftigt und werde sie entsprechend der großen Wichtigkeit der Sache befreuen.

## Hugenberg untersucht die Handhabung der Osthilfe.

Der Reichskommissar für die Osthilfe, Reichsminister Dr. Hugenberg, beobachtigt, einen Sonderausschuß zur Untersuchung der angeblichen Missstände im Osthilfe- und Siedlungsweisen anzulegen, der in der Hauptstube aus Mitgliedern des mit dem Reichstag aufgelösten Unterausschusses berichten soll.

## Preußens Vertreter im Reichsrat

Der Frage der Personalveränderungen in Preußen erwartet man in politischen Kreisen entscheidende Beschlüsse von der für den heutigen Mittwoch angesetzten Sitzung der kommissarischen preußischen Staatsregierung. Wie bereits angekündigt, sollen Umbesetzungen im leitenden Verwaltungs- und Polizeidienst durchgeführt werden.

Die neu preußische Vertretung im Reichsrat wird dem Berneben nach nach den Beschlüssen der kommissarischen Staatsregierung folgende Zusammensetzung aufweisen:

Bevollmächtigte des preußischen Staates sind die Kommissare des Reiches: Befanzler von Papen, Göring, Hugenberg, Popitz, Höhler und Rüst; Stellvertreter der Bevollmächtigte im Kanzleiamt: Staatssekretär Dr. Nobis, die Ministerialdirektoren Dr. Landfried, Schüle, Neumann, Dr. Hog (Finanzministerium) und Hauptmann a. D. Körner (Ministerium des Innern).

Die Ministerialdirektoren Dr. Böhl, Brecht und Kohmann sind in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

## Ausschuß aufgelöst

Dr. Frank übernimmt den Vorsitz im Überwachungsausschuß.

Berlin, 15. Februar.

Der Überwachungsausschuss des Reichstags, der unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Löbe zu einer neuen Sitzung zusammentrat, ist erneut aufgelöst.

Über den Verlauf der Sitzung wird mitgeteilt: Als der Ausschüsse vorliegende Löbe die Sitzung für eröffnet erklärt, legte bei den Nationalsozialisten toller Bär ein, der mehrere Minuten andauerte. Löbe gelang es nicht, eine Erklärung abzugeben. Schließlich erhob sich der stellvertretende Vorsitzende der Nationalsozialist Dr. Frank II. und gab folgende Erklärung ab:

„Ich stelle fest, daß der Vorsitzende nicht imstande ist, die Sitzung zu leiten, weil die größte Fraktion des Hauses, und damit die Vertreter des deutschen Volkes, es nicht dulden wird, daß ein Marxist und Verleumder weiter die Ausschusshandlungen leitet. Da der Vorsitzende somit verhindert ist, den Ausschüsse vorzusetzen, übernehme ich als stellvertretender Vorsitzender die Leitung der Verhandlungen.“

Dr. Frank begab sich gleichzeitig zu dem Platz des Vorsitzenden Löbe und verdrängte diesen von seinem Platz, um selbst den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen. Die Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten verließen darauf den Saal.

Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Frank eröffnete darauf die Sitzung mit einem Nachruf für die Opfer der Katastrophe von Neunkirchen nochmals und erklärte danach die Sitzung zum Zeichen der Trauer für geschlossen.

WOLFGANG MARKEN:

## KARL der Kleine

VERHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(50. Fortsetzung)

Haterton fährt mit dem Auto zu Colleani senior, der in einem kleinen, unscheinbaren Häuschen am Rande von New York wohnt.

Er klingelt an der Gartentür. Ein Neger kommt den Kiesweg entgegen und fragt höflich: „Mafsa wünschen?“ „Ich möchte Mister Colleani sprechen!“

„Mister Colleani nicht zu sprechen sein!“

„Ist er nicht da?“

„D yes . . . aber hat Tommy verboten, Gäste anzumelden!“ „Sol hier, Tommy, habt du meine Karte. Die gibt du meinem Herrn und lasst ihm, daß ich wegen seines Sohnes komme.“

Der Schwarze spießt die Ohren und wiegt den Kopf hin und her. Schließlich geht er mit der Karte ab.

Noch wenigen Augenblicken steht Haterton selbst vor Colleani.

„Good dan, Mister Colleani!“

„Good dan, Mister Haterton! Mein Tommy hat Sie abgewiesen! Das sollte er natürlich nicht, aber wer denkt, daß ein Haterton dem alten Colleani kommt?“

Der Bankier hat Muße, seinen Kollegen zu betrachten, und mit einem Male kommt er einen anderen Eindruck. So sieht nicht ein schlechter, so sieht ein unglücklicher Mensch aus.

„Es ist ein besonderes Ereignis, Mister Colleani, das mich gelehren.“

„Ich habe keinen Sohn mehr! Schön jahrelang nicht mehr! Hat man ihn irgendwo und wo aufgehängt? Er war ja verdammt läßig unter den Armen!“

„Ihr Sohn? Aber was für ein Bild entwerfen Sie da, Mister Colleani!“ sagt Haterton kopfschüttelnd. „Ich habe Ihren Sohn auf der Fahrt nach Pernambuco im Zeppelin kennengelernt.“

„Meinen . . . Sohn! So nobel gibt er sich!“

## Zwischenfälle

Nach der Sitzung kam es an der Ausgangstür zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den sozialdemokratischen und den kommunistischen Abgeordneten auf einer und den Nationalsozialisten auf der anderen Seite. Der sozialdemokratische Abgeordnete Morath, der sich ebenfalls der Ausgangstür näherte, eine Zigarette im Munde, erhielt von einem nationalsozialistischen Abgeordneten, der ihm voraus, während der Sitzung, Dr. Franks geruht zu haben, einen Faustschlag in den Rücken. Abg. Morath protestierte und verließ dann den Saal.

Inzwischen hat auch der Vorsitzende der Deutschen Volksfront, Dr. Dingeldey, telegraphisch beim Reichstagspräsidenten Göring und beim Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, dem Reichsinnenminister Dr. Frick, Einspruch erhoben und volle Genugtuung verlangt.

## Bericht an Göring

In einem Brief an den Reichstagspräsidenten Göring führt Dr. Frank II zu den Vorgängen im Überwachungsausschuss des Reichstags aus, obwohl die nationalsozialistische Fraktion erklärte habe, daß sie den Abg. Löbe solange die Funktion eines Ausschusshauptmanns unwürdig bekämpfen werde, wie er die Anerkennung „Adolf der Slowake“ nicht mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen, habe Abg. Löbe verlucht, den Vorsitz wieder zu übernehmen. Als sich das als unmöglich herausgestellt habe, habe er dann als stellvertretender Vorsitzender den Vorsitz übernommen.

„Daraußhin“, so heißt es in dem Schreiben dann weiter, „begab ich mich an den Platz des Herrn Löbe. Herr Löbe trat ohne weiteres zurück, irgend eine Gewaltanwendung, irgendein Wegschieben des Herrn Löbe hat nicht stattgefunden.“

Zum Fall Morath betont Abg. Frank II, er sei nicht Zeuge des Vorfalls gewesen und müsse daher zunächst den Bericht des Fraktionsbüros abwarten. Angeblich sei einem Abgeordneten, der während der Trauerfeier die Zigarette im Munde behalten habe, die Zigarette aus dem Munde fortgenommen worden.

## Fürsorge für Kriegsopfer

Reichskanzler Hitler empfängt Vertreter der Kriegsopfer.

Berlin, 16. Februar.

Reichskanzler Hitler empfängt den Vorsitzenden des Reichsverbandes Deutscher Kriegsopfer, Dietrich Lehmann, und den Reichstagsabgeordneten Oberlindeboer und ließ sich die besonderen Wünsche der Kriegsopfer betreffend Verbesserung ihrer Versorgung und Fürsorge vortragen. Der Reichskanzler erklärte, daß er sich auch als Reichskanzler den Kriegsopfern gegenüber als Kamerad fühle und befürchtet sei, bereits in kürzester Frist dringend notwendige Verbesserungen in der Versorgungs- und Fürsorgegegebung durchzuführen.

Am Freitag wird der Kanzler Vertreter des gewerblichen Mittelstandes zu einer Besprechung empfangen.

## Kampf gegen Revision

Ausbau der kleinen Entente zu einem kleinen Völkerbund.

Genf, 16. Februar.

Die Außenminister der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens haben auf einer Tagung in Genf den Ausbau der kleinen Entente beschlossen und die Errichtung eines ständigen Sekretariats in Genf vorbereitet. Diese organisatorischen Umänderungen sollen die drei Staaten in Stand setzen, als einheitlicher internationaler Organismus zu handeln.

Während also auf der Abrüstungskonferenz die französischen Vorschläge zur Organisation eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems gegen jede Revision verhältnismäßig wahrscheinlich sind, hat sich gleichfalls in Genf eine Entwicklung angebahnt, die in der Linie der französischen Vorschläge liegt und ihre auf den Danau Raum bezogene Verwirklichung darstellt: Die Umgestaltung der kleinen Entente aus einem politisch-militärischen Bündnis zu einem Staatenbund, d. h. wie das amtliche Communiqué besagt, zu einem einheitlichen internationalen Organismus. Dieses neue Gebilde, ein Völkerbund im Kleinen entspricht in seiner regionalen Begrenztheit genau den Zielen, die

„Er ist ein ganz charmanter junger Mann.“ „Haterton!“ poltert zu Colleani los. „Wollen Sie mich zum Narren halten? Alfreido ist ein Schuft, ein Schurke er war immer ein gewaltiger, schlechter Patron . . . charmant . . . doch ich nicht lache!“ Wissen Sie, warum ich keinen Sohn mehr habe? . . . Hier . . . in der rechten Seite, da steht noch die Kugel, die er mir mehrchings zugesetzt hatte, um zu erben, mein . . . Sohn . . . Gottlob nicht mein eigen Fleisch und Blut, nur mein Stiefsohn!“

Haterton sieht wie angewurzelt, er weiß nicht, was er sagen soll.

„Sie haben den alten Colleani aufgesucht, Haterton! Danke Ihnen! Die anderen machen einen großen Bogen um mich. Weil ich nicht mehr laufen kann . . . weil ich finster blicke . . . da . . . da muß ich schlecht sein, meinen Sie, den Wucherer von New York“ nennt man mich. Hahahal! Meine Geschäfte haben noch nie das Licht der Sonne gescheut . . . ich habe aufgepakt . . . aber ich brauche mich nicht zu verstecken!“

„Ein armer Teufel wie ich in dieses verfl. Land kam . . . ja . . . ein armer Teufel. War Seemann einst . . . und da habe ich einmal unten in Südamerika . . . eine Frau lieb gehabt . . . sie war nicht schön . . . aber . . . ich hatte sie gern. Hab' nicht gewußt am Anfang, daß sie so reich war . . . und . . . da eines Tages, das hat sie mir vorgehalten, daß ich ein armer Teufel sei, ein Wurm, der vor ihr im Staube triekte mitsie, und das hat mich zum reichen Manne gemacht! Lachen Sie . . . ja Haterton, lachen Sie!“

Colleani macht eine Pause und holt tief Atem.

„Ich bin nach New York gekommen und habe gedacht, habe gespart und bin vornwärts gekommen. Ich habe gelernt, mit dreißig Jahren habe ich gelernt, was andere mit zehn in der Schule lernten . . . und habe Stein auf Stein zusammengetragen. Und . . . jetzt . . . jetzt besiegt ich zwanzig Millionen Bünd! Einmal, da habe ich gedacht: Wenn du reich bist, dann wirst du vor die Frau hinstreten und sie verhöhnen. Über . . . daran dachte ich schon nicht mehr, als ich die blutigen Tänzerin heiratete. War eine schlichte Ehe. Sie brachte einen Kindern mit. Der wuchs heran, und jaft hätte er mich weggeputzt, wenn mein Tommy nicht gewesen wäre. Und jetzt kommen Sie und erzählen mir von meinem Sohn. Was ist denn mit ihm?“

„Haben Sie die Vorfälle in Uruguay nicht verfolgt?“

„Ach! Was ist geschehen! Ich war zwei Tage frank!“

„Revolution! Eine neue Regierung ist gebildet!“

Weltkreis im großen und in wechselder Laut mit einer Böllerbundspolitik, seinen europäischen Föderationen und schließlich mit dem Konstruktionsverfolg hat.

Der feste organisatorische Rahmen, der für die Tschechoslowakei, Südtirol und Rumänien umstellt ist, und ihre einheitliche außenpolitische Willensbildung ist, ist jedenfalls nichts anderes als ein neues Instrument in dem Kampf des Verlängerung Systems gegen den Nationalsozialismus, dem besonders der tschechische Außenminister Benesch, der auch der Schöpfer der neuen Organisation und wahrscheinlich künftig als ihr Mandat aufwirkt, wird, in leichter Zeit öffentlich den Kampf angekündigt hat.

Die Sicherung des status quo die unverhüllt als des neuen Blocks hervortritt, beruht freilich bei den Beteiligten auf einer viel größeren Gemeinsamkeit der Interessen als seine zweite Aufgabe, die wirtschaftliche Sicherung. Der Zwiespalt vor politischen und wirtschaftlichen Frontstellung innerhalb der kleinen Entente konnte periodischen Konferenzen der letzten Jahre nur überbrückt werden; zwar geben auch für die Unzufriedenheit, wie vor allem Rumäniens, politische Erwägungen, die finanziellen Bedürfnisse parallel gingen, immer mehr Auswirkung und die Präferenzverträge mit Deutschland die den notleidenden Agrarstaaten des Südostens eine leichte Erleichterung ihrer Wirtschaftslage gebracht haben, konnten nicht zur Auswirkung kommen.

Nachdem andererseits die verschiedenen geforderten Wirtschaftsprojekte, zuletzt der Tardieu-Plan, auf entscheidende Hindernisse gestoßen sind, muß man die zeigen werden, ob es diesmal gelingt, die französischen Hegeplanen auch auf wirtschaftlichem Gebiete trotz agrarisch-industrieller Spannungen, die innerhalb des Zentralenblocks bestehen, durchzusetzen.

## Bankenkrise in Amerika

Neu York, 16. Februar.

Nach dem Beispiel Deutschlands im Jahre 1931 geht auch der amerikanische Bundesstaat Michigan voran, um die Bankfeiertage einzuführen müssen. Während eine erste Verordnung des Gouverneurs acht Bankfeiertage vorschreibt, sind jetzt eine neue Verordnung die Bankfeiertage dadurch abgeändert worden, daß die Einleger von ihren Sparkonten abweichen bis zu 5 v. H. der Gesamteinlagen wieder abheben können.

Zum Ausgangspunkt haben die Schwierigkeiten im Staat Michigan, das Zentrum der amerikanischen Automobilindustrie, die Krise in der Union-Guardian-Bank. Rechtzeitig ist noch die Rolle, die dabei der amerikanische Großkonzern Ford, der etwa 7,1 Millionen Dollar der Bank eingezahlt hat, gespielt hat.

Von den Bankfeiertagen im Staat Michigan sind etwa 500 Banken und Finanzinstitute betroffen.

## Die deutsche Verkehrspolitik

Eine Rede des Reichsverkehrsministers.

Berlin, 16. Februar.

Bei Gründung des Internationalen Kongresses der Kraftverkehrswirtschaft in Berlin setzte sich Reichsverkehrsminister Freiherr von Eltz-Rübenach für die Regelung des Wettbewerbs zwischen den Eisenbahnen und den Automobilen ein.

Das Endziel sei, der Allgemeinheit für jeden notwendigen Transport das jeweils am besten geeignete Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen und das Land daran zu verfehlern aller Art zu verjagen, daß der Verkehr so schnell und so billig wie möglich bedient wird.

Eine völlige Angleichung der Bedingungen, unter denen beide Verkehrsmittel arbeiten, sei weder möglich noch zweckmäßig. Die Regelung des Personenverkehrsverkehrs habe sich im allgemeinen bewährt. Über die Wirkungen der Güterverkehrsregelung seien gegenwärtig bei den Behörden Erhebungen im Gange.

## Verminderter Ausfuhrüberschuß

Berlin, 16. Februar.

Im Januar sind die Einfuhr und Ausfuhr, wie es sich erwartet, stärker gesunken. In einzelnen Monaten die Einfuhr 368 Millionen RM und die Ausfuhr 391 Millionen RM, so daß der Monat Januar mit einem Ausfuhrüberschuß von 23 Millionen RM gegenüber 68 Millionen RM im Dezember abgesetzt.

Damned . . . ich habe drei Millionen Dollar Obligationen der Regierung von Uruguay in meinem Safe liegen, die von Charles Sherriff aus Sicherheit nahm! Sicherheit jetzt! Was ist aber mit meinem Sohn?“

„Er steht an der Spitze der Regierung!“ Colleani bringt vor Überraschung kein Wort heraus und schüttelt den Kopf.

„Mein Sohn? No . . . no . . . das glaube ich nicht! Das ist der Mann nicht mein Sohn und trägt nur seinen Namen.“

„Was werden Sie tun?“

„Ich reise sofort nach Montevideo!“

„Um sechs Uhr geht der Zeppelin von Lakehurst ab. Sie nutzen Sie ihn.“

„Danke! Dank für die Mitteilung, Mister Haterton, daß Sie mich besucht haben! Es hat mir weitergetan, einmal zu einem Menschen reden zu können.“ Sie schließen voneinander als gute Freunde, und Colleani bestellte sich telefonisch einen Platz im Zeppelin nach Montevideo.

\* \* \*

Der Senat tagte in Washington.

Der amerikanische Geschäftsträger in Montevideo hat telegraphiert, daß alles ruhig sei und die gegenwärtige provisorische Regierung mit großer Tatkraft und Umfänglichkeit die Sicherungsbildung durchführt.

Besonders Alfredo Colleani, der Generalbevollmächtigte der ersten seit einigen Tagen Staatsbürger von Uruguay worden sei, habe sich als außerordentlich umsichtig erwiesen und genieße das volle Vertrauen der Bevölkerung, der er sich durch den fabrikhaften Fußballdieg ungeheure Beliebtheit erworben habe.

Die Senatoren schütteln den Kopf.

„Das war noch nicht dagegen.“

Fußball macht Politik.

Immerhin, man empfand Hochachtung, denn der Mann hatte verhindert, daß die Wirtschaft des Landes erschüttert worden war.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger gab die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Der Geschäftsträger bekam Anweisung, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich freundschaftlich zu der neuen Regierung zu stellen, die ancheinend eine größere Gewalt für die Wohlfahrt des Landes und die gegenwärtigen sozialen Beziehungen gab als die frühere.

Spangenberg, den 16. Februar 1933.

## Streut bei Glatteis!

Die augenblitzliche Jahreszeit mit ihren Witterungsumschlägen, die nach Schnee und Kälte plötzlich Wärme und mit milden Regen unvermittelt wieder starke Kälte bringen, so dann im Nu die Straßen mit spiegelndem Eis überzieht, kann für den Hausherrn leicht weitgehende ungewöhnliche Folgen haben, wenn er es verlässt, rechtzeitig in ausreichendem Maße die Bürgersteige vor seinem Einfamilienhaus mit Asche oder Sand bestreuen zu lassen. Hat er dies unterlassen und es ereignet sich ein Unfall, der auf diese Weise verhindert werden kann, so ist der Hausherr zum Fahrgäste verpflichtet zu entschädigen. Daraus ändert auch das Urteil des Unfallbuden nichts, da dieses an sich sehr interessante Amtsgerichts nichts, da dieses an sich sehr interessante Urteil nur eine gewisse, durch befindliche Umstände hervorgerufene Einschränkung der grundsätzlichen Regelung bringt.

Dem Urteil wird ausgeführt, auf Grund vorgelegter Spülungsberichte müsse unterstellt werden, daß es sich bei der Glatteisbildung an dem fraglichen Abend um einen ganz außergewöhnlichen Vorgang handelte, wie er nur äußerst selten eintrete. Ein seiner Sprühpregen schlug sich sofort auf alle Gegenstände als Eis nieder und erzeugte eine derartige Glatte, daß ein Begehen der Straße kaum möglich wäre. Viele Unfälle waren die Folge. Streuen half kaum, da sich auf dem Streumaterial wieder eine Einschicht bildete.

Unter diesen Umständen, betont das Gericht, kann eine Strafe

gestellt haben, ob und in welchem Umfang der Bevölkerung

gestellt hat, obhingegen bleibt; denn ein immerwährendes

Streuen kann ihm nicht zugemutet werden, ein periodisches

Streuen war aber so gut wie wirkungslos und schloß die

Unfallgefahr nicht aus. Damit entfallen aber — selbst wenn

die Behauptung des Klägers, die Streupflicht sei vernach-

lässigt worden, als richtig unterstellt wird — der im allge-

meinen anzunehmende kausale Zusammenhang zwischen Un-

terlassung der Streupflicht und Unfall und die Vermutung,

dass der Unfall vermieden worden wäre, wenn der Bevölke-

ring gestreut hätte. Wer sich bei solchem Glatteis auf die

Straße wagt, tut es auf eigene Gefahr. Die Klage war

also abzubauen.

Hervorgehoben werden muss aber nochmals, daß es sich

hier um eine ganz außergewöhnlich starke Glatteisbildung

handelte, die eben durch Streuen nicht wirksam bekämpft

werden konnte. Die normale Streupflicht jedes Eigentümers

wird durch das Urteil nicht berührt und besteht nach wie

vor.

Deutscher Abend beim Turnverein „Froher

Wut“. Im Laufe dieses Jahres kann der Turnverein „Froher Wut“ sein 70jähriges Bestehen feiern. Als Aus-

gung auf dieses Jubiläumsjahr will er am kommenden Sonn-

tag mit seinem Wollen und Wissen vor die Mitglieder

und einen Kreis geladenen Freunde der deutschen Turn-

läche treten. Bei dieser Veranstaltung wollen die Turner

zeigen, welch große Aufgaben sie zu erfüllen haben und

welches Ziel ihnen gesteckt ist. Nicht ohne Bedacht

hatten sie diese Veranstaltung in die zwei großen Abschnitte

eingeteilt: „Turner auf zum Sieg“ und „Einigkeit

und Recht und Freiheit“. In dem ersten Teil, der

mit einem Einmarsch sämtlicher aktiven Turner und einem

Betenruf beginnt, treten die Turnerinnen und sämtliche

Altersklassen der Turner auf. Der 2. Teil erhält einen

zweckmäßigen Abschluß durch die Aufführung des Freiheits-

wands vom Wilhelm Tell. Die ganze Veranstaltung, die

um 18 Uhr beginnt, soll durch einen geselligen Turnerball mit

Kaffeetafel beendet werden.

**Lichtspiele.** Am Sonntag läuft im hiesigen

Lichtspieltheater der große Tonfilm „O alte Burstenherre-

lichkeit“ mit 8 langen Akten. Dieser Film gibt uns einen

Einblick in das Studentenleben in Heidelberg, bei dem die

vertrauten Melodien, der ewig jungen Burgenlieder von

neuem erklingen. Neben 3 kleinen Filmen als Beipro-

gramm wird als Einleitung für den in nächster Woche

von Freitag bis Sonntag laufenden Groß Tonfilm „Die

elf Schlägliche Offiziere“ ein kurzer Abschnitt hieraus vor-

geführt.

**Aus Stadt und Land**

Todesurteil gegen einen Gottesmörder. Das Hamburger

Schwurgericht verurteilte den Kellner Heinrich Gundlach, der im Jan. v. d. S. seine Frau in deren Wohnung durch mehrere Revolverstöße tödlich verletzt hatte, wegen Mordes zum Tode.

Verzweiflungstat einer Mutter. Die 40 Jahre alte Maria Weichold, die in einem Leipziger Kranthaus beschäftigt war, wurde mit ihren sieben und 10 Jahre alten Kindern gasversorgt tot aufgefunden. Die Frau hatte längere Zeit ihre Miete nicht bezahlt und sollte aus ihrer Wohnung entfernt werden. Die drohende Obdachlosigkeit scheint sie ihrer Verzweiflungstat getrieben zu haben.

Neukirchen in den idyllischen Bergen. Der erneute Einbruch maritim-artistischer Kulturmästern hat den idyllischen Bergen tiefwinterliche Witterung gebracht. Fast allgemein sind 20 Zentimeter, diebstisch sogar bis zu 30 Zentimeter Neuschnee gefallen.

Eisenbahnerunruhen in Siebenbürgen. In Klausenburg kam es zu schweren Streikunruhen. Etwa 2000 freien Eisenbahnerarbeiter erhielten vor dem Gebäude der Eisenbahndirektion, unterbrachen die Telephonleitungen und forderten die Erfüllung einer Reihe sozialer Maßnahmen. Da die Eisenbahndirektion die Forderungen nicht sofort befriedigte, besetzten die Arbeiter das Verwaltungsgebäude der Eisenbahnerkassen und sperren sieben leitende Ingenieure und 30 Beamte ein. Da die Lage bedrohlich war, wurde Militär eingezogen. Infanterie stellte im Verein mit der Polizei die Ruhe wieder her.

Sägewerk in Flammen. In dem Sägewerk der Firma Krämer in Ochsenfurt (Unterfranken) brach ein Brand aus und in den Holzvorräten reiche Nahrung fand. Das Feuer brachte eine Preschflutstasse zur Explosion. Eine etwa 70 Meter entfernt stehende Frau wurde von einem Eisenstück am Kopf getroffen und getötet. Das Feuer griff auf Scheune und Stallung über und vernichtete bedeutende Werte.

Beisetzung des Kardinals Frühwirth. Die sterbliche Hülle des Kardinals Frühwirth wurde in dem Geburtsort des Ver-

größtem kirchlichen Geleite und in Anwesenheit höchster kirchlicher und staatlicher Würdenträger zu Grabe getragen. Auch Bundespräsident Miller und Bundeskanzler Dr. Dollfuß nahmen an der Beisetzung teil.

Die Beisetzung von Bischof Teutsch. In Hermannstadt stand unter außerordentlicher Beteiligung des ganzen Siebenbürgisch-sächsischen Volkes die Beisetzung des Bischofs Teutsch statt. Als Vertreter des Königs nahmen der Kommandierende General des Hermannstädter Militärbezirks und der Unterstaatssekretär für Minderheiten teil. Der erkrankte deutsche Botsand hatte sich durch den deutschen Konsul in Kronstadt vertreten lassen. Die Trauerverde hielte Bischof Glondys als Nachfolger des Verstorbenen.

Schweizer Rüttling über die Alpen. Der Schweizer Pfleger Wilhelm Käser, der mit seinem Segelflugzeug im Schleppflug des Schweizer Fliegers Frey die Strecke Zürich-Mainland in zweieinhalb Stunden benötigte, starb am Dienstag bei gutem Wetter zum Rüttling, der jedoch nicht vom Glück begünstigt war. Bei dem Versuch, der Segelflugzeugen mit dem 1000 m langen Flugplatz von Chur zu landen, geriet der Führer des Segelflugzeuges, Auerhofer, mit seinem Flugzeug in eine Bö, so daß bei der Landung die Maschine zu Bruch ging. Nach den bisher vorliegenden Meldungen haben jedoch Auerhofer und die beiden an Bord befindlichen Journalisten keinen Schaden genommen. Aber auch Käser und der ihn schleppende Frey haben ihr Ziel nicht erreicht. Bei Überquerung der Liumugno-Alpengruppe gerieten sie bei klarstem Wetter plötzlich in eine Windbö. Das Segelflugzeug geriet in die schwierigste Lage, so daß man sich entloste, von dem Weiterflug Abstand zu nehmen und zu landen. Die Landung ist auf einem Feld bei Bellinzona glücklich erfolgt.

Polnischer Terror im Korridor. Im Gaggerthütte, Kreis Karthaus, veranstaltete der Deutsche Landbund dieser Tage ein Wintervergnügen. In den Abendstunden drangen plötzlich acht Polen unter Führung eines polnischen Lehrers in den Saal und begannen Streit. Der polnische Lehrer bedrohte die Anwesenden mit einem Revolver, die anderen Einwanderer schlugen mit Tischlägern, Stühlen und Knüppeln auf die Deutschen ein. Etwa 40 Personen wurden verletzt, darunter einige schwer. Unter den Verletzten befinden sich auch zahlreiche Frauen.

Eisenbahnmord bei Moskau. — Ach! Tote. In der Nähe des Bahnhofs Sotirowotchnaja bei Moskau sind acht Personen, darunter mehrere Beamte ums Leben gekommen. Außerdem wurden zahlreiche Personen teils schwer, teils leicht verletzt. Die DGBU hat mehrere Personen verhaftet.

... einige Tropfen  
**MAGGI Würze**  
verbessern  
das einfachste Essen.  
Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine!

Millionenunterschlagungen eines französischen Bankiers. Wegen Unterzahlungen in Höhe von mehreren Millionen Francs wurde in Lyon der Inhaber des 1925 gegründeten Bénit Patissier verhaftet. Das Bankhaus unterhält sechs Filialen.

Probefahrt des ersten Diesel-elektrischen Schnellzuges. Der erste Diesel-elektrische Schnellzug in England führte eine erfolgreiche Probefahrt auf der Strecke London-Birmingham aus. Er legte die 180 Kilometer lange Strecke in der normalen Fahrzeit eines Dampfsprengzuges von 2 Stunden 7 Minuten zurück. Der Diesel-Zug wird während der Zeit der englischen Industriemesse regelmäßig zwischen London und Birmingham laufen. Die englische Eisenbahnbehörde beobachtigt, in Zukunft noch weitere Diesel-elektrische Züge in den Dienst zu stellen, da sie sich als zuverlässig und billig im Betrieb erwiesen haben.

Großfeuer im Neukircher Flughafen. Die große Flughalle auf dem Flugplatz Rosenthal auf Long Island ist durch ein Großfeuer vernichtet worden. Dabei verbrannten neun wertvolle Amphibien-Flugzeuge und mehrere Lehrflugzeuge. Die Urturz des Brandes ist in Verhüllung mit Calcium-Fackeln zu suchen. Der Schaden ist beträchtlich, doch soll er größtenteils durch Versicherung gedeckt sein.

## Neukirchen in Trauer

Neukirchen, 15. Februar.

Über Neukirchen liegt diese Stille der Trauer. Die Fahnen wehen auf Haftram, Haus für Haus. Und ebenso trauert das gesamte deutsche Vaterland im innigen Mit-empfinden mit dieser treudeutschen Stadt. Mit dem Botsanzer von Papen und dem Reichsarbeitsminister Seldes sind aus allen Teilen des Reiches Tausende von Trauer-gästen nach Neukirchen gekommen.

Den Beginn der Beiseitungsfeierlichkeiten bildeten Trauergottesdienste in den Kirchen der Stadt.

Unübersehbar ist die Trauergemeinde in der Christuskirche und auf dem Platz vor der Kirche. Dumpf beginnen die Glöckner aller Kirchen der Stadt zu läuten. Auf dem Markt stehen die Leichenwagen, eine erschütternde lange Reihe.

Riesige Blumenspenden bedecken die schlichten braunen Särge.

Als Vertreter der Reichsregierung wohnen Botsanzer von Papen und Reichsarbeitsminister Seldes die dem Trauergottesdienst bei. Als Vertreter des früheren Kaisers ist General Kageneck anwesend. Weiter haben sich die Mitglieder der Familie Stumm, der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs, Regierungspräsident Dr. Sachsen-Trier, die Regierungskommissare und eine französische Offiziersabordnung eingefunden.

Ein Trauermarsch von Beethoven ertönt und ergreift die Herzen. Nach einem Lied des Arbeiterländersongen Seldes sprach Generalpräsident Dr. Stolzenhoff-Koblenz. Erinnerte daran, daß kaum das Leid, das die furchtbare Grubenkatastrophe im Jahre 1930 über das Land an der Saar brachte, verblüfft ist und schon wieder fahre lächelndes Entgegen durch Herz und Glieder.

Alles sei zu überwinden durch die Kraft dessen, der die Menschheit gebildet habe: Gott. Gott gebe, so schloß Dr. Stolzenhoff, daß die gegenwärtige Trauerglocke auf dem Markt von Neukirchen für alle ein tiefs eindringlicher Ruf sei hin zu dem, der das unerhölt gewaltige Wort sprechen durste: Ich bin die Auferstehung und das Leben.

Nach einem Vortrag des Saar-Sängerbundes ergriß Welsbrosch Dr. Moench-Trier, der selbst lange Jahre Seelbrosch in Neukirchen gewesen war, das Wort. Er wies darauf hin wie viel durchdringender die Wirklichkeit die Berichte übertrifft: Not, Leid und Zerissenheit überall, wohin man sieht, wohin man hört. Aber die innigste Teilnahme des ganzen deutlichen Volkes muß den Hinterbliebenen sei gewohnt.

Nach dem von der Feuerwehrkapelle gespielten Choral: „Wenn ich einmal soll scheiden“ setzte sich der Trauergang unter Begleitung aller Glöckner nach dem Friedhof in Bewegung.

Erst die weltlichen, dann die kirchlichen Korporationen, dann die Beamten und Angestellten des Eisenwerks und der Stadt, an die sich die Teilnehmer an der eigentlichen Trauerei vom Unteren Markt anschließen, die Reihe der Leichenwagen mit den 40 evangelischen Toten und 16 katholischen Toten. Hier sind es vier Wagen mit 16 Opfern.

Die offiziellen Trauergäste, Botsanzer von Papen, Reichsarbeitsminister Seldes u. a. haben zwischen dem evangelischen und dem katholischen Trauergang Aufstellung genommen. An die 20 000 Menschen und mehr bewegen sich hinter den Särgen durch die Stadt. An der Mauer, in dem um die Kapelle liegenden Teil des Friedhofs hat man das Ehrengrab gekrungen, ein gemeinsames Grab für alle Katholiken auf der einen Seite, ein gleiches für die evangelischen Opfer auf der anderen Seite des Weges. In der Mitte der Anlage wird bald ein Denkmal errichtet und ein gemeinamer Grabstein für alle.

Nach der Ankunft auf dem Friedhof hielt die katholische Geistlichkeit nach ihrem Ritus die Schlüsselceremonie. Für die evangelischen Toten und ihre Angehörigen sprach Pfarrer Teske einige Worte. Damit war die Trauerei beendet.

## Familientragödie in Berlin

Berlin, 15. Februar.

In Reinickendorf-Ost ist eine furchtbare Familientragödie aufgedeckt worden, die sich vermutlich schon Sonnabend ereignet hat. Der 38jährige Stellungslose Büroangestellte Jaap töte seine Frau und seine beiden Kinder, einen 11jährigen Knaben und ein 3½-jähriges Mädchen, als sie im Schlaf laufen und beginnt hierauf Selbstmord.

Reichskanzler Hitler empfing in der Reichskanzlei die nationalsozialistische Presse, deren Vertreter zahlreich aus dem ganzen Reiche der Einladung gefolgt waren. Nach der Begrüßung und Vorstellung der Anwesenden behandelte der Kanzler die Aufgaben der Presse. Er betonte die Notwendigkeit einer sinnvollen Zusammenarbeit der gesamten nationalen Presse, die sich mit der Regierung als eine Einheit fühlen müsse, und wies auf die entscheidende Bedeutung des Kampfes hin, der nicht zuletzt von der nationalsozialistischen Presse draußen im Lande um die Seele des Volkes durchgeführt werden müsse.

Über die unmittelbaren Notwendigkeiten der nationalen Presse hinaus, die der Kanzler im einzelnen aufzeigte, könne aber nunmehr die nationalsozialistische Presse auch die große nationale Aufgabe ins Auge fassen, für die sie bisher bereits unter ungünstigsten Verhältnissen und auf schwierigstem Posten Pionierarbeit geleistet habe, an deren Durchführung sie nun aber entscheidend mitzuwirken berufen sei.

Die Erziehung der ganzen Deutschen Presse zum Gedanken des Dienstes am Volke als den obersten Grundzustand, aus dem die Presse als öffentliche Einrichtung ihre Daseinsberechtigung überhaupt ableite. An die Stelle unverantwortlicher Sensations- und Populäritätschalerei müsse in Zukunft die deutsche Presse das Ziel setzen, zu einem wirklichen Ausdruck und zu einem getreuen Spiegelbild deutscher Lebens und Geistes zu werden.

## Die Spurenkandidaten der Volkspartei

Berlin, 15. September.

Die Deutsche Volkspartei hat jetzt ihre Reichs- und Landesliste aufgestellt. Die Reichsliste wird geführt von dem Parteiführer Dingeldey, der aber auch im Wahlkreis Dresden kandidiert und voraussichtlich dort ein Mandat erhält. An 2. Stelle steht auf der Reichsliste Stumpf. Dörfer vom Christlich-Sozialen Wohlstand. Die Landesliste wird von dem bisherigen Fraktionsführer der DVP im Preußischen Landtag, Stendel, angeführt.

**Kartoffelsuppe mit Wurstsalz.** Zutaten:  $1\frac{1}{2}$  Liter Fleischbrühe aus 5 Maggi's Fleischbrühe-würfeln, 1 kg rohe Kartoffelscheiben, 1 halber Kopf Wurstsalz, 1 Mohrrübe,  $\frac{1}{2}$  Knolle Sellerie, 50 g Butter,  $\frac{1}{4}$  Dose Jungen eingemachte Eßbien, 1 Eigelb, 2 Tassen saure Sahne, geröstete Brotschwärzel. Zubereitung: Die Kartoffelscheiben, den feingeschnittenen Sellerie kocht man in der Fleischbrühe so weich, daß man die Gemüse durchstreichen kann. Dann läßt man die Suppe noch einmal aufkochen, röhrt die Butter hinein, zieht sie mit dem mit der Sahne gut verquirlten Eigelb ab und gibt zu. Legt die eingemachten jungen Eßbien hinein. Kleine geröstete Semmelwürfel reicht man nebenher.

**Chlorodont - die Qualitäts-Zahnpaste -**  
Chlorodont, morgens und vor allem abends angewendet; beseitigt häßlichen Zahnbefall und übel Mundgeruch.

ist sparsam im Verbrauch und daher preiswert

## Bergung der Verschütteten

Das Unglück auf der Königin-Luise-Grube.

Hindenburg, 15. Februar.

Auf der Königin-Luise-Grube in Hindenburg (Oberschlesien) waren am Dienstagabend zehn Bergleute durch Pfellerbruch auf der 340-Meter-Sohle verschüttet worden. Das Unglück ereignete sich bei Abbau eines Pfellers in dem fünf Meter mächtigen Pochhammer-Flöz, das sich unmittelbar an der Reichsgrenze bei Ruda hinzieht. Bei dem Gebirgssturz sind ein 25 Meter breiter Pfeller und ein Teil der Strecke eingestürzt. Glücklicherweise blieben jedoch die Zuführungsstrecken offen, so daß die Rettungsarbeiten von verschiedenen Seiten aus in Angriff genommen werden konnten.

Gegen 11 Uhr abends gaben mehrere der Verschütteten Klopfschlägen. Um Mitternacht wurde ein Mann, der innere Quetschungen erlitten hatte, halb freigelegt. Außer ihm wurden in den Morgenstunden des Mittwoch noch drei andere Bergleute lebend geborgen, die mit geringerem Verlebun- gen davongetragen sind. Im Laufe des Mittwochabends wurde ein Bergstürze tot geborgen. Von den noch eingeklopf- ten gaben gegen Mittag drei oder vier Bergleute Lebenszei- chen. An der Rettung der Verschütteten wird unausgesetzt mit großer Energie gearbeitet.

Die Königin-Luise-Grube gehört der Preußischen Berg- werks- und Hütten AG.

## Neue Opfer

Ein Nationalsozialist in Siegburg erschossen.

In der Nacht zum Mittwoch wurde vor dem Volkshaus in Siegburg ein Nationalsozialist erschossen. Das Volks- haus wurde sofort von der Polizei durchsucht und sechzehn Personen, die der Eisernen Front nahestehen bzw. dieser angehören, unter dem Verdacht, die Schüsse abgegeben zu ha- ben, verhaftet.

Zwei weitere Tote in Eisleben.

Die blutigen Sonntagsereignisse in Eisleben haben zwei weitere Todesopfer gefordert. Im Südlichen Krankenhaus zu Eisleben sind der 21 Jahre alte erwerbslose Zimmermann Helm und der 30 Jahre alte erwerbslose Berg- mann Schneider, beide aus Eisleben, ihren schweren Ver- lebungen erlegen. Beide gehören der KPD an.

Im politischen Streit erschossen.

Bandwirt Hartl aus Deggendorf geriet mit dem Landwirtssohn Prebeck im Laufe einer politischen Aus- einandersetzung in Streit. Hartl verfolgte seinen Gegner, der der wiederholten Aufrüttelung, sich zu entfernen, nicht

nachkam. Prebeck gab auf leuten Gegner einen Schuß ab. An den Folgen der Verlezung ist Hartl bald gestorben.

Feuerübersicht auf einen nationalsozialistischen Demonstrationszug.

Auf einem Demonstrationszug der NSDAP. in Köln wurde von einem Hause der Subherrn Strafe mehrmals geschossen. Dabei wurde ein Polizeibeamter am Arm verletzt. Die Polizei erwiderte das Feuer und umstellt gleichzeitig den gesamten Hause. Bei der Durchsuchung der Häuser wurden zwei Kommunisten aus einem Versteck herausgeholt und festgenommen; einer von ihnen war im Besitz einer Flöterbüchse, in deren Lauf sich noch eine abgeschossene Kugel befand.

## Der Kanzler im Wahlkampf

Hitlers Reiseprogramm. — Noch zehn große Reden.

Nach der ersten großen Rede im Berliner Sportpalast wird Reichskanzler Hitler im Laufe des Wahlkampfes noch an zehn anderen Kundgebungen der NSDAP. teilnehmen. Nach den bisherigen Dispositionen wird er in folgenden Städten sprechen:

Am 15. Februar in Stuttgart, 17. Februar in Dortmund, 19. Februar in Köln, 23. Februar in Frankfurt a. M., 26. Februar in München, 28. Februar in Leipzig, 1. März in Breslau, 2. März in Berlin, 3. März in Hamburg, 4. März in Königsberg.

Die Reden in Berlin und Königsberg werden auf alle deutschen Sender übertragen werden, die übrigen Reden auf die örtlichen Sender.

## Neuer Rundfunk-Kommissar

Dr. Krusenberger mit der vorläufigen Wahrnehmung des Reichsrundfunkkommissariats betraut.

Berlin, 16. Februar.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Nach dem Rücktritt des Ministerialrats Scholz vom Posten des Reichsrundfunk-Kommissars wurde von der damaligen Reichsregierung der Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium Conrad mit der vorläufigen Wahrnehmung der Aufgaben des Reichsrundfunkkommissars betraut.

Oberregierungsrat Conrad tritt nunmehr wieder in das Ministerium zurück. Bis zur endgültigen Ernennung des politischen Reichsrundfunkkommissars hat der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, Dr. Krusenberger mit der vorläufigen Wahrnehmung der Aufgaben des Reichsrundfunkkommissars, betraut.

## Versorgungsamt Württemberg aufge-

Berlin, 16. Februar.  
Durch Anordnung des Reichsarbeitsministers wird das Hauptversorgungsamt Württemberg zu dem Hauptversorgungsamt Südwürttemberg vereinigt. Ferner wird das Versorgungsamt Ellwangen aufgelöst und dessen Bezirk den Versorgungsämtern Stuttgart und Ulm zugeschlagen. Zugleich wird weiter das Versorgungsamt Radolfzell, dessen Bezirk auf die Versorgungsämter Freiburg i. B., Rottweil und Stuttgart aufgeteilt wird.

## Nummernfolge der Wahlvorschläge

Berlin, 16. Februar.

Die Wahlvorschläge unter der Bezeichnung „Kampf front“ Schwarzwald führen nach amtlicher Mitteilung die Nummer 5, die für die Deutschnationale Volkspartei vorgesehen war. Die Deutsche Volkspartei, der Christlich-Soziale Volksbund (Evangelische Bewegung), die Deutsche Bauernpartei und die Deutschnationalen Wahlvorschläge gezeigt, treten auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag gezeigt, treten aber in den Wahlkreisen zu eigenen Kreiswahlvorschlägen auf. Diese behalten die sie bereits vorgelesenen Nummern 7, 8, 10 und 12. Deutsche Staatspartei, die ihre Rechtstimmen an den Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschland abgibt, behält für ihre Kreiswahlvorschläge Nummer 9.

## Die Besprechung der Ministerpräsidenten

Berlin, 16. Februar.

In der Bayerischen Gesandtschaft fand eine Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen und Hessen sowie der Vertreter der Hansestädte statt, die sehr eingehend war. Auf Grund dieser Aussprache kann mit der Abschaffung eines Mehrheitsbeschlusses in der Vollziehung des Reichstages am heutigen Donnerstag gerechnet werden. Im übrigen wird über die Verhandlungen strengste Vertraulichkeit bewahrt.

## Schlachtwiehmarkt.

Breslau, 15. Februar. Es wurden gezählt für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark: Döflen: 1. 24—27, 2. 18—20, 3. 17—19; Büffel: 1. 24—26, 2. 20—21, 3. 10—17; Rüde: 1. 24—26, 2. 18—19, 3. 12—14, 4. 6—10; Färsen (Raben): 1. 25—27, 20—21, 3. 15—16; Kälber: 1. 2. 34—37, 3. 28—30; Schafe: 1. 30—31, 2. 22—24; Schweine: 1. 39, 2. 38, 3. 36—38, 4. 35—36, 5. 31—33, 6. —; Sauen 32—33. — Martvoerlauf: Rinder langsam, Kälber, Schafe und Schweine mittel.

Haben von Freitag früh 9 Uhr ab in der Gasträtschaft „Zum Hindenburg“ einen Transport Prima Hann. Ferkel u. Läuferschweine zu verkaufen.

K. Bierach, R. Neimanu

## Chorverein

„Viederkranzchen“

## Donnerstag Abend

Freitag Abend pünktlich 9 Uhr

## Lehrkursus

Das Kommando.

## 1a. Gemüse u. Obstkonserven

Karl Bender.

Aluminiumtöpfe in schw. Qualität Siegenit Stahltöpfe, das unverwüstliche Kochgeschirr Karl Bender.

## Auslegung der Stimmkartei für die Reichstags- undtags-Provinziallandtags-Kreistagswahl.

Die Stimmkartei liegt in der Zeit vom 19. Februar 1933 bis 26. Februar 1933 im Rathaus, an den Werktagen während der Dienststunden, an den Sonntagen von 11 bis 13 Uhr zu jedermann's Einsicht aus. Wer die Stimmkartei für unrecht oder unvollständig hält, kann dies bis zum 26. Februar 1933 dem Magistrat schriftlich anzeigen oder zu Protokoll erklären. Soweit die Kartei nicht öffentlich ist, sind Beweise beizubringen.

Alle Personen, die in die Stimmkartei eingetragen sind, erhalten bis zum 22. Februar 1933 einen Wahlausweis. Wer einen solchen Wahlausweis nicht erhält, weist einen solchen Wahlausweis nicht erhält, muß die Eintragung während der Offenlegung der Kartei beantragen.

Spangenberg, den 15. 2. 1933.

Der Bürgermeister, Stein.

Es wird darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Bürger ist, bei eintretender Gefahr die Straßen mit abgestumpften Stossen zu befreien. Nichtbefolgung dieser Vorschrift wird bestraft.

Spangenberg, den 16. 2. 1933.

Der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde, Stein.

## Spangenberg Lichtspiele

Sonntag, d. 19. Februar abends 8<sup>15</sup> Uhr

Das große Tonfilmprogramm

O alte Burschenherrlichkeit!

Studenten von heute.

Auf falscher Fährte.

Eine Wildwestgeschichte in 2 Akten.

Seltene Aquariumgäste.

Die elf Schillschen Offiziere.

Vorspannfilm aus dem Großtonfilm „Die elf Schill'schen Offiziere“.

T. V. „FROHER MUTH“

SPANGENBERG

Heute Abend soll der Aufmarsch nochmals geübt werden. Punkt 8 Uhr müssen alle aktiven Turner, Turnen und Knaben zur Stelle sein.

Der Oberturnwart.

la. getr. Aprikosen,

Mischobst,

Pflaumen,

Wirnen

H. Mohr.

## Kaffeeemühlen

bestes deutsches Fabrikat

Karl Bender.

Die für heute Abend angesehnte

Mitgliederversammlung

findet wegen anderweitiger wichtiger Besprechungen nicht statt.

Der Ortsgruppenführer.

Wir bieten Ihnen eine neue Gelegenheit zum billigen Einkauf!

## 6 Pfd. Lebensmittel nur 1 RM.

1 Pfd. Linsen

1 Pfd. Erbsen

1 Pfd. Bohnen

2 Pfd. Vollreis

1 Pfd. Weizenm.

## Hess. Lebensmittelhaus.

Inh. Siebenhausen & Delsenroth.

Spangenberg Markt

Weißkraut, Rotkraut, Wirsing, Meerrettich, Sauerkraut,

Gewürzgurken

H. Mohr.

## Handwerker-Bund.

Sonnabend, den 18. Februar 1933 abends

1/2 Uhr findet in der Ratskellerwirtschaft eine

Versammlung statt.

Tagessordnung:

1. Bericht über den Verlauf der Jahreshauptversammlung des Kreishandwerkerbundes, Meldungen.

2. Besprechung und Wahlvorschläge zu den kommenden Stadtverordnetenwahlen.

Da es sich bei dieser Wahl auch um die Interessen des Handwerks handelt, ist Gleichzähliges erscheinen erforderlich.

Der Bezirksvorsteher.

Inserieren bringt Gewinn.